

SSR-News Nr. 18 September 2009

Volksabstimmung vom 27. September 2009

Der Schweizerische Seniorenrat sagt JA zur Solidarität mit den Behinderten und zur Sanierung der Invalidenversicherung

Der SSR unterstützt und fordert eine starke Invalidenversicherung, damit diese ihre soziale Aufgabe allen Personen mit einer physischen oder psychischen Behinderung gegenüber auch in Zukunft wahrnehmen kann.

Der SSR hätte andere Wege der Verbesserung der finanziellen Situation der IV vorgezogen. Er akzeptiert jedoch, weil unerlässlich, die vorgeschlagene Zusatzfinanzierung mittels Anhebung der Mehrwertsteuer. Zudem erlaubt diese Massnahme der IV, endlich vom AHV-Ausgleichsfonds wegzukommen.

Die gegenwärtige finanzielle Verknüpfung zwischen der AHV und der IV innerhalb des AHV-Ausgleichsfonds ist absurd und für beide Sozialversicherungen unvorteilhaft. Der SSR bedauert, dass die politischen Behörden ihre Aufgabe, die IV finanziell abzusichern, nicht bereits bei deren Inkrafttreten tatkräftig an die Hand genommen haben.

Angesichts der heutigen Situation appelliert der SSR an die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere an die Rentnerinnen und Rentner, JA zu stimmen zur Zusatzfinanzierung der IV durch die Mehrwertsteuer.

Nur reiche Rentner? Ein Vorurteil!

Für den SSR ist es ungerecht, ausschliesslich von den Rentnern zusätzliche Solidaritätsbeiträge zugunsten schwachsituierter Personen im Erwerbsalter zu verlangen.

Der SSR präsentierte an der Medienkonferenz vom 24. April 2009 zwei Studien (Seiten 2 bis 4). Danach ist die Armut bei den Senioren und Erwerbstätigen ungefähr gleich verteilt. Ein Sechstel der Rentnerinnen/-innen verfügen über weniger als CHF 2'550.- pro Monat. Armutsrisiken gibt es also

hier wie dort. Seite 3 liefert Argumente im Überblick.

Die soziale Sicherheit und vorab die Sozialwerke stehen auch im Mittelpunkt der

SSR-Herbsttagung 2009 vom 9. Oktober (Seite 12). Herzlich willkommen!

Inhaltsverzeichnis SSR-Medienkonferenz 24.4.'09 ...bringt Licht ins Dunkel 2/4 Vorurteile und Fakten 3 Senioren zur Kasse - auch bei Krankenversicherung? 4 **Kurzportrait SSR** 5 Aktivitäten der **SSR** - Arbeitsgruppen Soziale Sicherheit 6 Gesundheit 6 Kommunikation 6 • Grundlagen, Forschung 7 • Raumpl./ Wohnen/ Verkehr 7 SSR zur Revision KVG 7 Senioren@Internet 8 Altersdiskriminierung zwischen Forschung u. Politik 9/10 Nachruf auf Co-Präsidentin Dr. Klara Reber 10/11 12 **Herbsttagung 2009** Schweizer Seniorentag an der Muba 12

Wo braucht es Solidaritäten?

Nicht zwischen Jungen und Alten, sondern zwischen Reichen und Armen.

Christiane Jaquet, Co-Präs.SSR

SSR-Medienkonferenz vom 24. April 2009:

Studien bringen Licht ins Dunkel

Der Schweizerische Seniorenrat SSR ist besorgt über undifferenzierte Bilder zur wirtschaftlichen Situation der älteren Bevölkerung in der Schweiz. Schwarz – Weiss - Malerei hat gravierende Folgen. Sie führt zu pauschalierenden Vorurteilen und kann Behörden zu problematischen Impulsen verleiten. Der SSR hat daher zwei Studien in Auftrag gegeben. Auslöser war ein Vorschlag des Bundesamtes für Sozialversicherung BSV. Danach sollten Senioren mit einem zusätzlichen Solidaritätsbeitrag zugunsten Schwachsituierter im Erwerbsalter belasten werden.

Klara Reber, SSR-Co-Präsidentin stellte an der Medienkonferenz klar, dass sich der SSR umgehend gegen voreilige Schlüsse wehrte. Sie erläuterte die damalige SSR-Position: Erstens seien die sozialen Probleme anderer Bevölkerungsgruppen seit vielen Jahren bekannt, ohne dass sie wirksam bekämpft wurden. Zweitens werde ausgeblendet, dass es ältere Menschen mit finanziellen Problemen gebe. Drittens frage das BSV nicht, weshalb gespart wer-

Vorgeschichte

Am 10. April 2008 präsentierte das Bundesamt für Sozialversicherung BSV den Forschungsbericht Nr. 1/08 "Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand (Bericht "Wanner"*)

Das BSV formulierte daraus folgende Denkanstösse: Sollte die Generationensolidarität in der Finanzierung der AHV mit einem noch zu definierenden Solidaritätsbeitrag der Gruppe der Rentner/-innen ergänzt werden? Müssen die Rahmenbedingungen für junge Familien, Alleinerziehende oder Alleinstehende verändert werden, damit sie ihre Erwerbseinkommen erhalten können?

*Bericht "Wanner": Bezugsquelle Bundesamt für Sozialversicherungen, Dokumentation: www.bsv.admin.ch/aktuell/medien/

de. Der Hauptgrund sei, dass man der Gesellschaft im 4. Alter nicht zur Last fallen wolle. Namentlich der Mittelstand empfand dies bisher als volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch bedeutende Leistung, welche nun in Frage gestellt werde.

Zitat

"Die AHV braucht Geld, viel Geld, und die Aeltesten, welche heute in einer ausgezeichneten materiellen Situation leben, sollten sich solidarisch beteiligen, um zu vermeiden, dass sie auf Kosten der Erwerbstätigen leben. Dies betrifft jedoch nicht die aktuellen Rentnerinnen und Rentner."

Yves Rossier, Direktor BSV (Bundesamt für Sozialversicherung)

Quelle TV Suisse Romande TSR, 24.4.2009

Fakten versachlichen Diskussion

Gerhard Heimberg erläuterte die Studie der SSR-internen Arbeitsgruppe "Soziale Sicherheit", die er präsidiert. Sie analysierte den Bericht "Wanner"* über die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Rentnern.

Dabei zeigt sich, dass das BSV – Auftraggeber des Wanner-Berichtes - die Resultate in inakzeptabler Weise interpretierte.

Sowohl der Bericht Wanner als auch der SSR bestätigen, dass 1/6 der Rentner/-innen verfügen über weniger als CHF 2'550.- im Monat. Dieser Anteil von Personen mit geringen finanziellen Mitteln ist bei den Rentnern und bei den Erwerbstätigen praktisch identisch. Auch bei Personen mit hohen finanziellen Mitteln sind die Anteile ähnlich. Die erwähnten Verhältniszahlen haben sich während den letzten Jahrzehnten innerhalb der Kategorien "Senioren" und "Erwerbstätige" kaum verändert. Schlussfolgerung: Die bestehenden Solidaritäten machen einen zusätzlichen Solidaritätsbeitrag der Senioren obsolet. Die Studie kann beim SSR bestellt werden (vgl. Impressum). Sie ist auf der SSR-Website unter "aktuell" aufgeschaltet.

Argumentarium (vgl. rechts)

Prof. Walter Rehberg präsentierte als zweites eine Studie im Auftrag des SSR. Aus seiner Literaturrecherche zur wirtschaftlichen Situation älterer Menschen resultierte eine Gegenüberstellung von Vorurteilen und Fakten. Ergebnis: dank den staatlichen Rentenversicherungssystemen im 20. Jahrhundert glich sich die wirtschaftliche Situation der älteren Generation jener der Gesamtbevölkerung an. Gleichzeitig leisten die Senioren aber auch erhebliche Beiträge an die Steuerfinanzierung von AHV und IV, an die Er-

Fortsetzung S. 4

Senioren: alle reich oder alle arm? Vorurteile und Fakten

Vorurteile	Fakten	
1 Alle Alten sind reich	1. Der Anteil armer Personen ist bei den Jüngeren und bei den	Älte-
	ren ungefähr gleich gross. 2. Ein erheblicher Teil der älteren Bevölkerung verfügt über ge oder unzureichende finanzielle Mittel; ältere Frauen und ho rige Personen sind besonders von Armut betroffen.	_
	3. Gefahr, dass Altersarmut in Zukunft wieder zunimmt.	
	4. Bei den Jüngeren ist Armut oft vorübergehend; wer hingege Alter arm ist, bleibt es meist.	n im
2 Alle Alten sind arm	 Die wirtschaftliche Position der älteren Generation hat sich die Einführung von staatlichen Rentenversicherungssysteme Jahrhundert erheblich verbessert und der Gesamtbevölkrung angeglichen. 	n im
	2. Die sozioökonomische Ungleichheit ist bei den Älteren ausgeter als bei den Jüngeren.	präg-
3 Die Jungen finanzieren die Alten	1. Die ältere Generation trägt nicht unerheblich zur Finanzieru sozialstaatlicher Transfers bei.	ıng
	2. Der Anteil sozialstaatlicher Transfers an die ältere Generation in der Schweiz eher moderat.	on ist
	 Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen ist nur zu einem rel geringen Teil auf die demografische Alterung der Bevölkeru zurückzuführen. 	
	 Die Älteren leisten erhebliche private finanzielle Transfers at Jüngeren. 	n die
4 Die Alten sind alle auf Hilfe angewiesen und	 Ältere kümmern sich in erheblichem Masse um die Kinder il eigenen Kinder. 	hrer
leisten nichts mehr für die Jungen.	2. Bei Pflegebedürftigkeit übernimmt sofern körperlich noch d in der Lage – in der Regel der Lebenspartner oder die Leben partnerin die Pflegeaufgaben.	
	3. Ältere Personen leisten in erheblichem Umfang ehrenamtlich tigkeiten in Vereinen, Kirchen, Interessenvertertungen, in de litik sowie in sozial-karitativen Organisationen.	
5 Die Alten machen sich auf Kosten der Jungen	 Auch ältere Personen sparen weiterhin und vermehren dami Vermögen. 	it ihr
ein schönes Leben.	 Durch Erbschaften und Schenkungen werden jedes Jahr erh che Vermögenswerte von der älteren zur jüngeren Generatio weitergegeben. 	
6 Die Situation der Jungen kann nur durch Renten-	 Es besteht kein Zusammenhang zwischen der materiellen La der Jüngeren und der Älteren. 	ige
kürzungen verbessert werden.	2. Rentenkürzungen bei den Älteren würden auch die Jüngeren gativ betreffen und die Generationenbeziehungen belasten.	n ne-
	3. Zur Verbesserung der materiellen Situation Jüngerer sind av sozialpolitische Massnahmen erforderlich als Rentenkürzung	
7 Verteilungskämpfe zwi-	1. Die Solidarität zwischen den Generationen ist hoch.	
schen Jungen + Alten	Die Bondarieur Emischen den Generationen ist noch	

gänzungsleistungen zur IV und AHV sowie zur Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung. Berücksichtigt man – richtigerweise – die kapitaldeckungsfinanzierten Leistungen der 2. Säule nicht, so sind die Transferzahlungen von der jüngeren Generation an die Senioren mit jährlich rund CHF 31 Mia (2006) praktisch gleich hoch wie die Transferzahlungen in umgekehrter Richtung.

Hinzu kommt die immaterielle Wertschöpfung der älteren Generation zugunsten von Familie und der Gesellschaft. Rehberg hielt fest:. "Es ist ein Irrtum zu glauben, es bestehe ein Zusammenhang zwischen der materiellen Lage der Jüngeren und der wirtschaftlichen Situation der Älteren."

Klare Wegweiser

Christiane Jaquet-Berger, SSR-Co-Präsidentin zog Bilanz: Für den SSR ist der Widerstand gegenüber zusätzlichen Solidaritätsbeiträgen von Rentnern nicht nur berechtigt, sondern zwingend. Das Alter darf kein Kriterium sein, um neue Solidaritäten zu begründen. Ch. Jaquet fügte bei: "Die unausgegorenen Schlussfolgerungen des BSV zielen ganz allgemein auf eine Flexiblisierung sämtlicher Sozialversicherungen

Medienecho

Die SSR-Medienkonferenz verzeichnete reges Interesse: 8 Agenturmeldungen, 20 Beiträge in elektronischen Medien, über 30, oft ausführliche Artikel in Tagesmedien und zahlreiche Berichterstattungen in den Bulletins der Senioren-Organisationen. Die Durchführung der Medienkonferenz oblag dem Genearlsekretariat.des SSR. ab und stellen dadurch die Solidarität zwischen den Generationen in Frage.

Wie weiter?

Die Studien wurden den zuständigen parlamentarischen Kommissionen und Behörden gesandt. Wenn alterspolitische relevante Entscheide gefällt werden, wird der SSR anschliessend prüfen, ob die Studienergebnisse berücksichtigt worden sind.

Leben mit wenig Spielraum – Altersarmut in der Schweiz

Pro Senectute Schweiz legte Mai 2009 eine weitere Studie vor. Sie dokumentiert die Erfahrungen bei den Sozialberatungen in 17 Kantonen. Besonders häufig auf Einzelfallhilfe angewiesen sind Frauen (2/3 der Betroffenen) und Alleinstehende (90%). Erstaunlicherweise sind 20 % Jungrentner. Bei den Ergänzungsleistungen signalisiert die Studie u.a. folgenden Handlungsbedarf: Steuerbefreiung des Existenzminimums. Heraufsetzung der knappen Höchstansätze der anrechenbaren Wohnkosten und Überprüfung des Hilfsmittelkatalogs. Der SSR ist in verschiedenen Bereichen bereits aktiv geworden.

Bezug der Studie "Leben mit wenig Spielraum": Pro Senectute Schweiz, Tel. 044 283 89 89, Preis: CHF 25.-

Senioren zur Kasse – auch bei der Krankenversicherung?

Unterstützt von namhaften Mitgliedern der parlamentarischen CVP-EVP-GPL-Fraktion stellte Ruth Humbel Näf eine Senioren-Sonderprämie für die obligatorische Krankenversicherung zur Diskussion. Der SSR sieht darin ein reines "billiges" Finanzierungsinstrument.

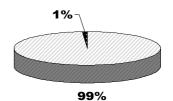
Nicht das Alter an sich verursacht die höchsten Kosten, sondern – altersunabhängig - die letzten Monate vor dem Tod. Das KVG regelt die Solidaritäten zwischen Männern und Frauen, unabhängig von Gesundheitszustand, Alter und wirtschaftlichen Verhältnissen. Die einseitige Aufkündigung einer Solidarität gefährdet auch die anderen Solidaritäten. Zudem muss die gesamte Beitragsdauer betrachtet werden: alte, hochbetagte Menschen waren grösstenteils ihr Leben lang kaum krank. Sie waren "sehr gute Risiken" und damit sehr lange Nettozahler. Die Interpellation enthält ferner keinerlei Anreize, um die - oftmals komplexen - Behandlungsabläufe zu vereinfachen. Der Vorschlag dient daher einzig und allein der Eindämmung eskalierender Kassenprämien.

Impulse des BSV – Echo der Senioren-Vertretungen

Der SSR erkundigte sich im Herbst 2008 bei den Präsidien der Senioren-Organisationen. Frage: Stimmen Sie überein, dass das Problem der Armut im Erwerbsalter nicht allein auf dem Rücken der AHV-Rentner zu bekämpfen ist, sondern dass es gesamtgesellschaftliche Lösungen braucht?

Die Antworten von 95 Präsidien decken sich weitestgehend mit der Auffassung des SSR:

☑ stimmt **B** stimmt nicht



Kurzportrait: Wer ist der Schweiz. Seniorenrat SSR?

Seit 2001 haben Bundesrat, Behörden und Parlament ein offizielles Beratungsorgan für alterspolitische Fragen: den Schweizerischen Seniorenrat SSR. Er vertritt die Optik der Senioren im Spiegel ihrer Dachorganisationen VASOS und SVS.

Der SSR ist die gemeinsame Plattform der beiden Dachorganisationen

- VASOS (Vereinigung der aktiven Seniorenund Selbsthilfeorganisationen) und
- **SVS** (Schweiz. Verband für Seniorenfragen)

Dachorganisation gemeinsame Plattform **Dachorganisation SVS VASOS** Schweiz. **Seniorenrat** 1 Co-Präsident/-in 1 Co-Präsident/-in 8 Delegierte 8 Delegierte 34 Mitglieder 8 Ersatzdelegierte 8 Ersatzdelegierte Vertretung wirtschaft-Vereinigung aktiver licher und sozialer Senioren- und Selbst-Schweiz. Verband Anliegen älterer hilfeorganisationen für Seniorenfragen Menschen

... mit insgesamt rund 220'000 Mitgliedern.

Der SSR vertritt die wirtschaftlichen und sozialen Anliegen älterer Menschen.. Zudem stärkt er – gemeinsam mit den Dachorganisationen - das Bild der dritten und vierten Generationen in der Gesellschaft.

Bundesrätliche Altersstrategie: ein partizipativer Prozess

1999 fand das Internationale Jahr der älteren Menschen statt. Damals wurde die Forderung nach einem Schweizerischen Seniorenrat breit diskutiert. Nach längeren Vorarbeiten unterzeichneten die beiden Dachorganisationen der Seniorenbewegung einen Vertrag. Damit ermöglichte ihnen der Bundesrat, bei der öffentlichen Meinungsbildung besser zum Zuge zu kommen.

Auftrag SSR

Seit 2002 erarbeitete der SSR Dutzende von Stellungnahmen in den Bereichen Gesundheitswesen/ Krankenversicherung, soziale Sicherheit (11. AHV-Revision, BVG-Revision, IV-Revision), Finanzen (NFA), Steuerreform (Individualbesteuerung, Mehrwertsteuer), Erwachsenenschutzgesetz, Raumplanung, Wohnen, Verkehr und Statistik. Zudem griff er zukunftsweisende Themen auf. Er identifizierte einerseits Chancen für vermehrte

Was will der SSR?

- Wahren der Würde, Lebensqualität und Autonomie der älteren Menschen
- Verbessern ihres Ansehens in der Öffentlichkeit
- Fördern der Mitsprache der älteren Generationen in der Gesellschaft
- Verstärken der Solidarität zwischen den Generationen
- Vertreten der älteren Generationen in jenen Organisationen, die aktiv in alterspolitischen Bereichen tätig sind.

Mitwirkung (Beispiel: benutzerfreundliche Angebote in Zusammenarbeit mit dem Age Explorer). Andererseits setzte er sich zur Wehr gegen Fallstricke für ältere Menschen.

Kampf gegen Alterslimiten

So kämpfte der SSR in der Berner Gemeinde Madiswil exemplarisch gegen Alterslimiten beim passiven Wahlrecht, bis diese aufgehoben wurde. Gestützt auf die parlamentarische Motion Egerszegi entschied der Bundesrat, dass Alterslimiten gesellschafts- und rechtspolitisch unnötig und untauglich sind. Die Bundeskanzlei erliess in der Folge entsprechende Weisungen. Sie gelten auch für ausserparlamentarische Kommissionen. Der SSR erstellte zudem Berichte und Analysen für Bundesstellen. Jährliche gesamtschweizerische Umfragen zu alterspolitischen Themen signalisieren die Meinung der älteren Bevölkerung.

Aktivitäten in den Arbeitsgruppen

AG Soziale Sicherheit

Die Beurteilung der Arbeitsgruppe (AG) bezüglich "Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand" sowie die entsprechende Zusammenfassung haben während und nach der Pressekonferenz des SSR vom 24.4.09 ein starkes Echo ausgelöst. Der Vorschlag der AG, das Referendum gegen die Senkung des Umwandlungssatzes zu unterstützen, ist vom Ausschuss des SSR abgelehnt worden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben Mühe damit, ins BVG einen Passus aufzunehmen, der die Pensionskassen verpflichten würde, mindestens einen Rentner mit vollen Rechten in ihrem obersten Organ Einsitz zu gewähren. Die AG hat einen neuen Vorschlag für Art. 51a BVG ausgearbeitet, der besagt, dass "die Rentnerinnen und Rentner zumindest einen Beobachter mit konsultativer Stimme ins oberste Organ entsenden können." Der Ausschuss ist mit diesem Kompromiss einverstanden, hat aber den entsprechenden Vorstoss auf Eis gelegt. Grund sind Rückmeldungen der Politik, der Vorstoss könnte der Idee eines ausserordentlichen Beitrags der Rentnerinnen und Rentner zur Sanierung der Pensionskassen erneut Auftrieb geben.

Mit dem BSV ist Kontakt aufgenommen worden, um die von der AG aufgeworfenen Probleme hinsichtlich der EL zu studieren: Verbesserung der Bedingungen für die Zuteilung, Mieten und EL, Renteninkasso direkt durch Pflegeinstitutionen. Die AG hat mit der Prüfung der Studie Bonoli über die Reformen der AHV begonnen - mit einer Präsentation des Präsidenten, mit einer kritischen Analyse der Hauptpunkte der 3 Modelle, der entsprechenden Grundlagen, der vorgeschlagenen Massnahmen sowie der gewählten Kommunikationskonzepte.

Gerard Heimberg, Präsident

AG Gesundheit

Pflegefinanzierung: Die Vernehmlassung zur Verordnung wurde ausgearbeitet und eingereicht; die wichtigsten Forderungen des SSR: a) in allen Kantonen soll die Rechnungsstellung klar, transparent und einheitlich gestaltet werden; b) bei Heim- und Hauspflege sollten die Maximalbelastung für den Patienten identisch sein (zwischen CHF. 7'000.- und 7'500.-).

Komplementärmedizin: Der SSR hat auf Antrag der AG die JA-Parole empfohlen. Am 17.5. befürworteten die Stimmbürger den Verfassungsartikel.

Seniorenzuschlag bei der Krankenkassenprämie? Der SSR wandte sich mit einer Medienmitteilung gegen die Interpellation von Nationalrätin Humbel Näf und 17 Fraktionskollegen (CVP/EVP/ glp).

eHealth (elektronisches Patientendossier): Der Unterzeichnende beteiligte sich an Sitzungen des Bundesamt für Gesundheitswesen und der Gesundheitsdirektoren-Konferenz. Ziel von eHealth: Das Führen der elektronischen Patientendossiers bis 2015 zu realisieren.

Gesundheitsprofil-Verfahren

(Prävention für ältere Menschen): Der Unterzeichnende beteiligte sich innerhalb einer Begleitgruppe an der Einführung in Teilen des Kantons und in der Stadt Bern.

Aufklärungsbroschüre "Arzt und Patient – ein Team für alle Fälle": In Zusammenarbeit mit dem SSR (=Initialzündung) und der FMH prüft die Stiftung Gesundheits-

AG Kommunikation

Die Arbeitsgruppe stellt fest, dass der SSR in der italienschsprachigen Schweiz kaum bekannt ist. Aus diesem Grund delegierte der Ausschuss Frau Rosemarie Porta mit beratender Stimme in die AG.

Die Westschweizer Untergruppe hatte Kontakt mit Chefredaktionen, deren Publikationsorgane breitflächig verteilt werden. Ziel: Möglichkeiten zur besseren Streuung SSR-Informationen. Die Deutschschweizer Untergruppe hatte konstruktive Verbindungen zu Organisationen von Menschen mit Hörproblemen. Ausserdem widmete sich die AG dem Muba-Seniorentag (S. 12) und möglichen Inhalten der Herbsttagung 2009.

Hans-Rudolf Enggist, Präsident

förderung Schweiz, ob die Broschüre schweizweit eingeführt wird. Das Berner Pilotprojekt fand grosse Resonanz

Altern und Gesundheit: die AG unterbreitete Bundesrat Pascal Couchepin die Ergebnisse der SSR-Umfrage. Es geht um eine Fortschrittsmessung zwischen den Jahren 2005 bis 2008 aus der Optik von seinerzeitigen Teilnehmer/innen der Nationalen Tagung "Altern und Gesundheit".

Qualität in der Langzeitpflege: die AG motivierte das Parlament zu einem Vorstoss. Er soll Klärung bringen, welche Gesetzesvorgaben in den einzelnen Kantonen bestehen.

Peter Seiler, Präsident

AG Grundlagen / Forschung

Digitales Netzwerk "IKT* im Alter"

Seit der Gründung des digitalen Netzwerks hat die AG an zwei Sitzungen teilgenommen. Der SSR delegierte die Mitglieder Walter Weber und Peter Wirz in das Netzwerk. M. Bossart begleitet das Projekt administrativ.

* IKT = Informations- und Kommunikationstechnologie (v.a. Internet).

Machbarkeitsstudie über digitale Medien und gesellschaftliche Integration

Die LerNetz AG- ein Netzwerk für die didaktische Konzeption und Erarbeitung von Inhalten für elektronische (Lern-)Medien - klärt Realisierungsmöglichkeiten ab für eine Plattform. Damit sollen insbesondere ältere Menschen motiviert werden das Internet zur besseren Bewältigung ihres Alltags zu nutzen.

AAL (Ambient Assisted Living)

Das Programm Ambient Assisted Living (AAL) will die Lebensqualität der älteren Menschen mit Unterstützung der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien verbessern. Am AAL-Programm will die EU im Zeitraum 2008 - 2013 ein Budget von total 700 Euro einsetzen. Die Schweiz hat für die laufende erste Projekteingabe ein Budget von 2 Millionen Franken gesprochen. Die Arbeitsgruppe beabsichtigt, sich dazu zu äussern.

Zeitgutschriften

In der Pilotstudie "Zeitgutschriften" – einer Idee von Bundesrat Couchepin - wurden zahlreiche unserer kritischen Eingaben berücksichtigt.

AG Raumplanung / Wohnen / Verkehr

Die Arbeitsgruppe hat 2 Vernehmlassungen bearbeitet. Das jüngste Beispiel ist die Anhörung zu einer Änderung der Verkehrszulassungsverordnung. Leitmotiv für die Beantwortung ist hier die Beseitigung von diskriminierenden Altersgrenzen für medizinische Untersuchungen im motorisierten Individualverkehr und, je nach gesundheitlicher Situation, für die Förderung der Abgabe von Führerausweisen mit Einschränkungen bei Ort und Zeit. Zudem nahmen wir Stellung zu "Via sicura", einem Handlungsprogramm des Bundesrates (UVEK) zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr. Wir bearbeiteten den 10-seitigen Fragebogen zu Handen des Ausschusses. Wir unterstützten das

Vorhaben des Bundesrates. Dieser verzichtet auf Diskriminierung aus Altersgründen zugunsten gesundheitlicher Untersuchungen im Einzelfall. Vorgesehen sind Nach- und Weiterschulung für das Verhalten im Straßenverkehr und die Unterstützung wissenschaftlicher Forschung.

Dass sich die Arbeitsgruppe bzw. der SSR immer für einen leistungsfähigen und dennoch attraktiven und benutzerfreundlichen öffentlichen Verkehr auf Schiene, Strasse, Wasser oder am Drahtseil je nach Eignung und Wirtschaftlichkeit einsetzt, ist natürlich der übergeordnete Rahmen für die Mobilität aller Altersgruppen.

Ernst Widmer, Präsident

Dringliche Revision KVG: SSR ist skeptisch

Bundesrat P. Couchepin orientierte am 11. Mai 2009 über sein Reformpaket zur Eindämmung des Prämienwachstums. Der SSR und die beiden Senioren-Dachorganisationen waren dabei.

Für Rentner, die in der Regel keinen Teuerungsausgleich erhalten, sind die Kassenprämien effektiv eine grosse Belastung. Der Schweiz. Seniorenrat SSR, der griffige Reformvorschläge zur Dämpfung erwartete, beurteilt die vorgeschlagenen Massnahmen skeptisch. Er bestreitet nicht, dass telemedizinische Beratung einen effizienteren Zugang zu Behandlungen ermöglicht (Voraussetzungen: Fachkompetenz und Vertraulichkeit). Leistungsaufträge für Spital-Ambulatorien befürwortet er, sofern sie zur Entlastung der teuren Spitalinfrastruktur dienen. Auf Ablehnung stösst beim SSR hingegen der vorgeschlagene Behandlungsbeitrag von CHF 30.- pro Arztbesuch. Zudem fordert der SSR, dass die finanziellen Mittel zur Prämienverbilligung gezielt, transparent und in angemessener Höhe ausbezahlt werden.

Der SSR bedauerte die kurzen Vernehmlassungsfristen. Sie verunmöglichte eine gründliche Konsultation der SSR-internen Arbeitsgruppe "Gesundheit".

Die Studie ist abgeschlossen. Die Stadt St. Gallen wird ein entsprechendes Konzept für ein Zeitgutschriftensystem während 3 bis

5 Jahren ausarbeiten lassen. Wir empfahlen, Senioren in eine Begleitgruppe zu delegieren.

Margareta Annen, Präsidentin

Bewegung bei Senioren @Internet

Im Sommer 2008 erkundigte sich Nationalrätin Pascale Bruderer über die Gefahr einer digitalen Spaltung zwischen den Generationen (vgl. SSR-News Nr. 17). Seither ist einiges gegangen. Der SSR sieht aber weiterhin grossen Handlungsbedarf.

In seiner Antwort an Nationalrätin Bruderer bestätigte der Bundesrat das Risiko eines digitalen Grabens: "Im Jahr 2007 wiesen Personen ab 55 Jahren eine deutlich geringere Internetnutzung auf als beispielsweise die 15- bis 24-Jährigen (92,1%). Bei Personen ab 65 Jahren lag die Nutzung bei 22,7 %." Der Bundesrat bekräftigte, dass er in seiner Strategie für eine Informationsgesellschaft an den übergreifenden Grundsätzen "Zugang für alle" und "Befähigung aller" festhalte.

Zur besseren Einbindung aller Bevölkerungsgruppen hat er beim Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) 2007 eine Koordinationsstelle Informationsgesellschaft geschaffen. Diese gründete das Netzwerk "Digitale Integration Schweiz". Dieses vernetzt Aktivitäten und Initiativen zugunsten von Personengruppen, die besonders vom Internet profitieren, aber nur erschwert Zugang dazu finden.

Positive Impulse

Mit gleichem Auftrag startete anfangs 2009 ein weiteres Netzwerk. Sein Name lautet "**IKT im Alter"** (IKT = Informations- und Kommunikationstechnologie). An der Wiege standen Pro Senectute Schweiz, der Schweiz. Seniorenrat und seniorweb.ch. Die Bundes-Koordinationsstelle war aktiv am Entstehen beteiligt. Die Vernetzung bezieht sich sowohl auf Nonprofit-Organisationen als auch auf Unternehmen mit Bezug zum Thema. Das Interesse überstieg alle Erwartungen.

Der SSR, der mit zwei Mitgliedern im Netzwerk vertreten ist, lieferte Erkenntnisse und Hinweise über Bedürfnisse, aber auch über die Erwartungen älterer Menschen an die Angebote.

Um "Senioren@Internet" als Thema besser bekannt zu machen, organisierte die Koordinationsstelle Informationsgesellschaft des BAKOM die nationalen Tagung "e-Inclusion /Digitale Integration", wobei auch Vorhaben im Bereich "IKT im Alter" vorgestellt wurden. Wichtige Aspekte sind die Sicherheit und das Vertrauen im Umgang mit dem Internet. An einem weiteren Anlass wollten die Behörden daher den diesbezüglichen Handlungsbedarf kennen lernen.

Lebenslanges Lernen

In seiner Antwort an Nationalrätin Bruderer verwies der Bundesrat auch auf die neuen Verfassungsbestimmungen über die Bildung vom 21. Mai 2006. Der Bund erhielt damit erstmals die die Kompetenz, die Weiterbildung zu fördern und dazu Kriterien festzulegen. Der Bundesrat hat einen departementsübergreifenden Bericht in Auftrag gegeben. Der Bericht soll u.a. klären, ob sich die Weiterbildung neu auch auf das lebenslange Lernen erstrecken könne. Das BAKOM will im Bericht auf das Thema Internet-Zugang für Seniorinnen und Senioren eingehen. Mit Distanz hingegen reagierte das Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie auf Anfragen.

Wofür sich der SSR einsetzt

Das Alter ist noch immer das grösste Risiko, um von neuen Technologien ausgeschlossen zu sein. Der SSR engagiert sich seit Jahren für bessere Voraussetzungen zugunsten der älteren Bevölkerung. Grund: Das Internet kann den Alltag gerade im Alter stark erleichtern.

Zudem besteht die Gefahr, dass Menschen ohne Internetkenntnisse bei der Informationsbeschaffung ausgegrenzt werden. Der SSR wehrt sich deshalb auch dafür, dass alle wichtigen Informationen ohne Internetanschluss erhältlich sind, und dies kostenlos.

Zudem fordert der SSR:

- nicht nur Schulung ist wichtig, sondern auch preiswerte, rasche Unterstützung bei Folgeproblemen
- Breitbandanschlüsse bis zur Wohnungstüre
- barrierefreie Websites
- Gemeindversorgung im Informationsbereich
- Der Bund soll geeignete, niederschwellige Projekte fördern, um Internet-Kenntnisse breitflächig zu unterstützen.

EU geht neue Wege

In der Europäischen Union bestehen zwar ähnlichen Voraussetzungen wie in der Schweiz. Die EU ermöglicht der älteren Bevölkerung aber mit spezifischen Programmen, die Vorzüge des Internets kennen zu lernen. Unser Land kann dabei noch nicht aktiv mitwirken.

Margrit Bossart-Weiss

Altersdiskriminierung zwischen Forschung und Politik

Vor wenigen Wochen wurde an der Fachhochschule St. Gallen das vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierte Forschungsprojekt zur Altersdiskriminierung abgeschlossen. Befragt wurden Personen aus allen Altersgruppen. Erstaunlich: fast 4/5 der Befragten hatten mindestens ein Erlebnis mit Altersdiskriminierung. Nota bene: Altersdiskriminierung widerspricht der Bundesverfassung Art. 8.

Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit Pro Senectute und dem Fürstentum Liechtenstein durchgeführt. Der Schweizerische Seniorenrat war in der Begleitgruppe des Forschungsprojektes vertreten. Erste vorläufige Ergebnisse wurden anlässlich der Plenumssitzung des SSR im November 2008 bereits einem interessierten Publikum vorgestellt.

Worum ging es beim Forschungsprojekt?

Die wissenschaftliche Erforschung von Benachteiligungen aufgrund des Lebensalters beschränkte sich bisher fast ausschliesslich auf Altersbilder. Einstellungen und Vorurteile gegenüber älteren Menschen. Konkrete Erfahrungen mit Altersdiskriminierung waren bislang kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Genau darauf konzentrierte sich nun das St. Galler Forschungsprojekt: Untersucht wurde die Verbreitung der verschiedenen Formen von Altersdiskriminierung in der Bevölkerung der deutschsprachigen Schweiz. In einer sehr aufwändigen Erhebung wurden etwa 800 persönliche und 250 telefonische Interviews mit Personen aus allen Altersgruppen ab 16 Jahren durchgeführt. Die Personen wurden nach einem Zufallsverfahren ausgewählt, und es wurde darauf geachtet, dass alle deutschsprachigen Kantone und Kantonsteile entsprechend ihrer Einwohnerzahl in der Stichprobe vertreten waren. Die Ergebnisse der Studie sind daher repräsentativ für die Bevölkerung der deutschsprachigen Schweiz.

Obwohl die Projektgruppe ursprünglich davon ausging, dass ältere Menschen stärker von Altersdiskriminierung betroffen sind als Jüngere, wurden Personen aus allen Altersgruppen befragt um sicherzugehen, dass auch Benachteiligungen von Jüngeren erfasst werden können.

Die wichtigsten Ergebnisse

Fast 80% der befragten Personen berichteten über mindestens ein eigenes Erlebnis mit Altersdiskriminierung. Im Durchschnitt erzählte jede Person über 2.2 eigene Erfahrungen mit Altersdiskriminierung. Am stärksten betroffen war neben den älteren Personen ab 70 Jahren die jüngste Altersgruppe der unter 30-Jährigen: Die Älteren berichteten im Durchschnitt über 2.5 eigene diskriminierende Erlebnisse, die Jüngeren über 3.0. Keine Unterschiede zeigten sich hingegen zwischen den Geschlechtern, zwischen Personen mit unterschiedlichem Bildungsgrad

oder hinsichtlich der Präferenz für eine politische Partei: Frauen sind ebenso betroffen wie Männer, Bürgerliche genauso wie Linke und Personen mit höherer Bildung annähernd genau so häufig wie Personen mit einer einfacheren Schulbildung. Besonders häufig wurden Diskriminierungserlebnisse aus den folgenden Bereichen geschildert: diskriminierende Darstellungen in dem Medien; bevormundendes oder herablassendes Verhalten bei sozialen Kontakten; Diskriminierung im Arbeitsleben und die Verharmlosung gesundheitlicher Beschwerden durch medizinisches Personal. Einige Formen der Diskriminierung betreffen vor allem die Älteren (diskriminierende Darstellung in den Medien), einige vor allem jüngere und mittlere Altersgruppen (Diskriminierung im Arbeitsleben), andere hingegen jüngere und ältere Personen gleichermassen (Verharmlosung gesundheitlicher Beschwerden).

Die Kehrseite der Medaille ist eine bevorzugte Behandlung aufgrund des Lebensalters: Mehr als die Hälfte der Befragten berichteten darüber, wegen ihres



War es der "Greis"? Nein!

Die Bremsen versagten

Beispiel für voreilige Suche nach "Sündenböcken", z.B. durch Medien. Lebensalters schon einmal bevorzugt behandelt worden zu sein. Bemerkenswert war schliesslich noch, dass mehr als ein Drittel der interviewten Personen angab, sich selbst schon einmal aktiv altersdiskriminierend verhalten zu haben.

Schlussfolgerungen

Altersdiskriminierung ist in der Schweiz ein sehr weit verbreitetes Phänomen. Anders als ursprünglich vermutet, sind aber nicht nur Personen ab 70, sondern auch Personen bis 30 Jahren besonders davon betroffen. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, dass viele Menschen Benachteiligungen aufgrund des Lebensalters aufmerksam registrieren und auch als diskriminierend wahrnehmen.

Die Einführung gesetzlicher Bestimmungen gegen Altersdiskriminierung im privatrechtlichen Verkehr – ähnlich wie in den Staaten der Europäischen Union – sollte also auf die politische Agenda gesetzt werden.

Prof. Dr. Walter Rehberg Fachhochschule St. Gallen

Altersdiskriminierung:

Thesen

(vorgestellt von W. Rehberg an der erwähnten SSR-Plenumssitzung)

- **1.** Altersdiskriminierung durchdringt unsere Kultur so intensiv und formt unsere Einstellungen so umfassend, dass die Meisten von uns Altersdiskriminierung gar nicht als Problem wahrnehmen.
- **2.** Einstellungen gegenüber älteren Menschen zum Beispiel hinsichtlich Kompetenz, Persönlichkeitseigenschaften und Attraktivität sind negativer als gegenüber jüngeren Menschen.
- **3.** Konkrete altersdiskriminierende Handlungen waren bis anhin kaum ein Thema für die Wissenschaft.
- **4.** Der überwiegende Teil der Schweizer Bevölkerung kennt Diskriminierung aufgrund des Lebensalters aus eigenem Erleben.
- **5.** Ein nicht geringer Teil der Schweizer Bevölkerung berichtet über eigene aktive Altersdiskriminierung.
- **6.** Massnahmen gegen Altersdiskriminierung müssen auch auf der politischen Ebene in Form von gesetzlichen Regelungen formuliert werden.



Dr. iur. Klara Reber

- 8. April 1944 bis 15. Juni 2009
- aktuell leitende Co-Präsidentin des SSR
- Vorstandsmitglied des Schweizerischen Verbandes für Seniorenfragen
- Präsidentin des Regionalen Seniorinnen- und Seniorenverbandes Winterthur
- zahlreiche weitere Aktivitäten

Auszüge aus Kondolenzschreiben:

"Mit Trauer erfuhr ich vom Hinschied von Frau Reber. Ich werde die Delegierte in anerkennender Erinnerung behalten. Sie hat tatsächlich stark zum Nachdenken und zur Tätigkeit auf politischer Ebene beigetragen."

Pascal Couchepin, Bundesrat

"Wir haben Frau Reber sehr geschätzt und gern mit ihr zusammengearbeitet. Sie war eine starke Persönlichkeit, die ihr Leben auf bewundernswerte Weise gemeistert hat. So werden wir sie in Erinnerung behalten."

Pro Senectute Schweiz, Vreni Spoerry, Präs. des Stiftungsrates und Werner Schärer, Direktor

Als neuen leitenden Co-Präsidenten des SSR wählte der SVS Herbert B. Kaestner.

Begriffe zum Thema

Altersdiskriminierung liegt vor, wenn eine Person wegen ihres Lebensalters ungerechtfertigt schlechter behandelt wird als andere Personen. Sie kann jüngere und ältere Personen betreffen: So kann in einem Stelleninserat ein bestimmtes Höchstalter, aber auch ein bestimmtes Mindestalter angegeben sein.

Ageism ist der Prozess der Etikettierung, Stereotypisierung und Diskriminierung von Personen aufgrund ihres Lebensalters.

- Etikettierung: Zuordnung von Personen zu bestimmten Gruppen
- **Stereotypisierung**: Eigenschaften von Personen oder Gruppen werden positiv oder negativ bewertet
- **Diskriminierung**: negatives Verhalten gegenüber einer Person aufgrund zugeordneter stereotyper Eigenschaften

Nachruf auf Dr. Klara Reber, Co-Präsidentin SSR

Mitten aus ihrem beeindruckenden Engagement für die Seniorenpolitik wurde Dr. Klara Reber aus dem Leben gerissen. Co-Präsidentin Christiane Jaquet-Berger würdigt die Verstorbene im folgenden Nachruf als mutige, willensstarke, einsatzfreudige und liebenswürdige Persönlichkeit.

Wir waren tief erschüttert, als wir erfuhren, dass wir Klara nicht mehr wiedersehen, dass sie uns nie wieder mit ihrem warmherzigen Lächeln empfangen würde, das ihrem Gesicht dieses jugendliche Strahlen verlieh.

Die Krankheit verschont keinen. Im Alter von neun Jahren erkrankte sie an Kinderlähmung, was sie nicht daran hinderte, ihr Jurastudium bis zum Doktorat erfolgreich zu Ende zu führen und bei den Winterthur Versicherungen, der heutigen A-XA, eine verantwortungsvolle Führungsposition zu bekleiden.

Ich habe sie durch ihr Engagement zugunsten der Rentner kennengelernt. Im Jahre 2002 wurde Klara in den Ausschuss des SSR gewählt. Wenig später ernannte sie der Schweiz. Verband für Seniorenfragen SVS zur Mitvorsitzenden des Rates, dessen leitende Co-Präsidentin sie dreimal wurde: zuerst im Jahre 2005, dann 2007 und zuletzt noch 2009. Stets war sie um die Verteidigung der Rechte der Rentner besorgt. Sie vertrat den SSR beispielsweise an der Weltkonferenz über die Gesellschaft des langen Lebens in Leon und engagierte sich an der SSR-Pressekonferenz im Medienzentrum des Bundeshauses im vergangenen April. Sie verteidigte dort mit Stärke und Klarblick die tatsächliche Lage der alten Menschen in der Schweiz, die eben nicht immer reich und vor allem nicht alle der Grund für die enormen sozialen Kosten sind.

Klara kam es auch darauf an, gegen die den Alten entgegengebrachten Diskriminierungen aller Art zukämpfen, wie zum Beispiel die steuerlichen Diskriminierungen zwischen verheirateten und nicht verheirateten Paaren, oder die

willkürlichen Altersgrenzen innerhalb der Kommissionen und Institutionen.

Klara war die Verkörperung der mutigen Gesprächspartnerin. Klara, das war aber auch die Leidenschaft, die sie für alles an den Tag legte, was ihr am Herzen lag. In der Diskussion konnte sie manchmal eine gewisse Vehemenz entwickeln. Doch geschah dies immer mit Respekt jedem ihrer Gesprächspartner gegenüber, und vor allem mit einer Offenheit und Geradheit, die es ihr gestatteten, die Argumente ihrer Gesprächsgegner ruhig zur Kenntnis zu nehmen, oder sich ihnen anzuschließen, wenn sie davon überzeugt werden konnte. Klara sprach nur selten über Dinge, die sie berührten oder über ihre eventuellen Probleme.

Sie war sehr diskret. Sie gehörte zu jenen Menschen, die von einem Ereignis, einem Unfall, einer Presseinformation sprechen können. Ein persönlicher Kummer, eine Sorge verschließen hingegen ihre Lippen und hindern sie daran, die Herausforderungen mit ihren Mitmenschen zu teilen.

Den Angehörigen spreche ich das tief empfundene Beileid des Schweizerischen Seniorenrates aus. Klara hat den Samen gesät, dem wir uns nun verpflichten, ihn aufgehen zu lassen, wobei wir ihrer in Dankbarkeit gedenken werden.

Adieu, Klara, ruhe in Frieden.

Christiane Jaquet-Berger a. Nationalrätin Co-Präsidentin SSR

Persönliche Worte von Klara Reber

Wir stellen fest, dass auf die Rentnerinnen und Rentner zunehmend finanzielle Forderungen zukommen, die sie als sog. Solidaritätsbeiträge leisten sollen. Dies beginnt bei der AHV, geht über Sanierungsbeiträge von notleidenden Pensionskassen bis hin zu einem nationalrätlichen Vorstoss, Renterinnen und Rentner sollten eine zusätzliche Prämie von CHF 600.- in der Krankenversicherung bezahlen. Dieser Betrag käme zu der angekündigten Prämienerhöhung für 2010 hinzu.

Damit würde der Solidaritätsgedanke überstrapaziert. Man darf nicht vergessen, dass auf den Renten der Pensionskassen während 10 Jahren kaum ein Teuerungsausgleich bezahlt wurde, was die Kaufkraft der Renten um ca. 11% reduziert. Wurde während 20 Jahren kein Teuerungsausgleich gewährt, sind es ca. 40% Reduktion der Kaufkraft.

Man geht im Sinne eines Vorurteils davon aus, dass die Pensionierten ohnehin reich seien. Oft geht vergessen, dass ältere Menschen durch ihre Steuern (allgemeine Bundesmittel und Mehrwertsteuer) einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Sozialwerke leisten. Ergänzungsleistungen zur AHV und IV werden gänzlich steuerfinanziert. 44

Klara Reber, 22. Mai 2009

SSR-Herbsttagung vom Freitag, 9. Oktober 2009

Schweizer Sozialpolitik: quo vadis?

Die Schweizer Sozialwerke stehen vor neuen Herausforderungen. Unter den Vorzeichen wirtschaftlich ungünstiger, für die Senioren fremdbestimmter Rahmenbedingungen und demografischen Entwicklungen müssen AHV / Ergänzungsleistungen, 2. Säule und die obligatorische Krankenversicherung ihre Qualitäten beweisen. Die Tagung soll zeigen, ob dies gelingt, auf welche Garantien sich die Rentner/innen verlassen können und wo sich die Senioren-Vertretungen für die ältere Generation vermehrt einsetzen müssen.

Impressum

Schweiz. Seniorenrat SSR-CSA

Verleger:

Herbert B. Kaestner, Christiane Jaquet-Berger, Co-Präsidium SSR-CSA

Redaktion

Margrit Bossart-Weiss Generalsekretariat

Muristr. 12 3000 Bern 31

Tel. 0041 (0)31 359 03 53 Fax 0041 (0)31 359 03 02

E-Mail:

ssr-csa.info@pro-senectute.ch

Homepage*:

http://www.ssr-csa.ch

* Beiträge werden vom SSR auf Wunsch kostenlos zugesandt

Koordinaten der Herbsttagung

Tagungszeit: 9. Okt. 2009, 10.15 bis 14.00 Uhr

Tagungsort: Casino Bern, Burgerratssaal, Herrengasse 25,

3001 Bern

Sprachen: deutsch / französisch mit Simultanübersetzung

Teilnahmegebühr: CHF. 50.- (inkl. Apéro riche)

Dokumentation: wird an der Tagung abgegeben

Anmeldung: SSR-Generalsekr. (vgl unten links, Impressum)

Seniorenorganisationen sprechen mit!

Der SSR führt jährlich eine Umfrage bei Seniorenvertretungen durch. Die Umfragen sind ein interessantes Stimmungsbarometer für Themen, die sonst kaum öffentlich diskutiert werden.

Bitte melden Sie sich, wenn Sie bis Mitte September noch keinen Fragebogen erhalten haben. Auch Ihre Erfahrungen sind von Interesse!

Schweizer Seniorentag an der Muba

Der SSR organisierte am 18. Februar 2009 eine Begegnung der Schweizer Seniorenvertretungen in Basel.

Der Seniorentag wurde mit den beiden Träger-Organisationen VASOS / SVS sowie in Zusammenarbeit mit dem Muba-Vertreter der Senioren-Sonderpräsentation durchgeführt.

Vielfältige Inhalte

Prof. Pasqualina Perrig orientierte über den Schweizer Generationenbericht. Sie stellte eine mehrheitlich positive Beziehung innerhalb der Familien fest. Hingegen besteht bei der Gesellschaft offensichtlich wenig Interesse an generationenübergreifenden Fragen. BSV-Direktor Yves Rossier informierte über die Zukunft der AHV und relativierte seinen ursprünglichen Diskussionsvorschlag bei den AHV-Rentnern (vgl. S. 2) im Sinne einer allfälligen Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die SSR-Trägerorganisationen VASOS und SVS präsentierten ihre Zielsetzungen. Sie schufen damit Einblick in die unterschiedlichen Wege der Alterspolitik.

Mobilität im Alter: auch via Internet

Ein weiteres Thema bildete die Mobilität im Alter. Dabei zeigten Senioren die Unterstützung durch das Internet. F. Weber stellte den Zugriff auf den Fahrplan, das Optimieren der Fahrzeiten und das Buchen des zweckmässigen Hotels in einer perfekten Beamer-Präsentation dar. Ein Senior mit langwierigem Beinleiden schilderte, wie er dank online-Hinweisen die Barrieren des Reisens überwindet. Er ergänzte seine Worte mit einem Appell an alle Senioren, das Internet vermehrt im Alltag zu nutzen.